

Sparpaket zur Krankenversicherung droht zur Makulatur zu werden

Dem dringlichen Sparpaket zur Krankenversicherung droht der Absturz. Die Pharmaindustrie hat bei den Parlamentariern erfolgreich lobbyiert.

Von Markus Brotschi, Bern

Die Versicherten erwartet 2010 ein Prämienanstieg von gut 10 Prozent im Schnitt. Daran wird das Parlament in der Herbstsession wenig ändern. Vor den Sommerferien hatten Parlamentarier noch massive Einsparungen per Dringlichkeitsrecht in Aussicht gestellt, um den Prämien Schub abzuwenden. Eine Arbeitsgruppe um Nationalrat Otto Ineichen (FDP, LU) peilte Kostensenkungen von 1,5 Milliarden Franken an. Geplant war etwa, dass die Grundversicherung nur noch das günstigste Medikament zahlt: Spareffekt 300 bis 400 Millionen pro Jahr.

Doch die Nationalratskommission ist letzte Woche auf Druck der Pharmaindustrie und der Ärzteverbindung FMH zurückgekrebst. Statt Ineichens Vorschlag wählte sie eine schwammige Formulierung, die faktisch der heutigen Regelung entspricht. Kommissionspräsident Jürg Stahl (SVP, ZH) schätzte den Spareffekt des gesamten Massnahmenpakets noch auf jährlich 110 bis 130 Millionen. «Ausser Spesen nichts gewesen», lautet der Kommentar von Felix Schneuwly, Sprecher des Kassenverbands Santésuisse. «Ausser die Ständeräte beschliessen bei den Medikamenten doch noch griffige Massnahmen.»

Die Berner SP-Ständerätin Simonetta Sommaruga versucht morgen die Ständeratskommission davon zu überzeugen, dass die Grundversicherung nur noch den jeweils günstigsten Wirkstoff plus maximal 10 Prozent vergüten soll. Sie appelliert an die Kassenvertreter im Rat, die ein Interesse an Einsparungen haben müssten.

Konkurrenz erhält Sommaruga aber ausgerechnet von Parteikollegin Anita Fetz. Sie wird die Variante der Nationalratskommission vertreten. Die Baslerin bestreitet, sich in den Dienst der Pharmaindustrie zu stellen. Ausschlaggebend seien für sie die Bedenken von Ärzten und Patientenorganisationen: Auf bestimmte Medikamente eingestellte Chronischkranke müssten auf ungeeignete Präparate ausweichen, weil die Kassen nicht mehr das bisherige Medikament vergüteten.

FDP-Ständerätin Erika Forster kann über diese Argumentation nur den Kopf schütteln. Sie wird sich für die Vergütung des günstigsten Wirkstoffes einsetzen. Die Regelung der Arbeitsgruppe Ineichen mache Ausnahmen möglich, so Forster. «Wenn der Arzt begründen kann, warum der Patient ein teureres Medikament braucht, wird es weiterhin bezahlt.»

Freie Arztwahl als Stolperstein

Die Sparbemühungen des Parlaments definitiv torpedieren könnte die von der Nationalratskommission beabsichtigte Einschränkung der freien Arztwahl: Ab 2012 sollen die Kassen nicht mehr alle Ärzte unter Vertrag nehmen müssen. Diese Bestimmung brachte SVP-Nationalrat Toni Bortoluzzi (ZH) knapp durch. Die Ärzteverbinding FMH drohte prompt mit dem Referendum gegen die Vorlage. Sommaruga und Forster halten die Forderung nach Aufhebung des heutigen Vertragszwangs für deplatziert, da es sich um ein auf drei Jahre befristetes Sparpaket handelt. Eine solche grundlegende Reform dürfe nicht per Dringlichkeitsrecht beschlossen werden. Falls die Räte an Bortoluzzis Antrag festhielten, wäre das Referendum sicher. Ein Inkrafttreten einer dringlich beschlossenen Sparvorlage wäre vor der Volksabstimmung zwar rechtlich zulässig, aber kaum sinnvoll. Bortoluzzi verteidigt seine Forderung nach Aufhebung des Vertragszwangs damit, dass dies die einzig wirksame Massnahme zur Kostensenkung sei.

© **Tages-Anzeiger**